

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Goldpreis - Innerdeutscher Handel -
Multinationale - Hamburg - Großbritannien**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1974) : Kurz kommentiert: Goldpreis - Innerdeutscher Handel - Multinationale - Hamburg - Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 3, pp. 111-112

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134652>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Goldpreis

Heißes Eisen

Mit 180 US-Dollar je Unze brach der Goldpreis inzwischen neue Rekorde. Doch das scheint erst der Anfang. In Goldhändlerkreisen werden Gerüchte über mögliche Goldpreise von 400–600 Dollar weitergereicht.

Diese hysterische Hausse ist keineswegs auf die industrielle Bedeutung des Rohstoffs Gold zurückzuführen. Vom jährlichen Neuangebot an Gold – rund 1000 Tonnen – wird nur etwa ein Viertel industriell verarbeitet. Über die Hälfte geht in die Schmuckverarbeitung, der Rest wandert in die Tresore der Anleger. Hinzu kommt, daß die Zentralbanken Goldbestände von ca. 36 000 Tonnen halten – genug, um auf einem so engen Markt das Komma beim Preis um eine Stelle nach links zu rücken.

Auch die Annahme einer steigenden Bedeutung des Goldes als ultima ratio zur Deckung ölimportbedingter Zahlungsbilanzdefizite entbehrt der ökonomischen Grundlage. Die Araber dürften wohl kaum einer indirekten Senkung ihrer Ölpreise zustimmen, indem sie sich in Gold zu überhöhten Preisen bezahlen lassen. Als Erklärung für das Goldfieber bleibt die Untergangsstimmung finanziell potenter Anleger, die infolge der international beschleunigten Geldentwertung bei konventionellen Anlagen die gewohnte reale Rendite vermissen.

Bedenkliche Folge dieses Trends ist, daß offensichtlich zunehmend Kleinsparer Gold kaufen in dem Glauben, ihr Geld wertbeständig und sicher anzulegen. An den Bankschaltern bestehen bei Goldmünzen und Mini-Barren bereits Engpässe. Diesen Anlegern dürfte wohl nicht klar sein, daß sie sich auf einem Warenmarkt engagieren, auf dem ein Preis von 1000 Dollar je Unze genauso möglich ist wie ein Preis von 50 Dollar. Ihnen könnte es durchaus passieren, daß ihre Ersparnisse einer privaten Währungsreform unterworfen werden. Denn auch auf dem Goldmarkt ist wahrscheinlich, daß der Profi aussteigt, wenn die Kulisse den Preis hochtreibt. Und die letzten beißen immer die Hunde. kö

Innerdeutscher Handel

Attackierter Sonderstatus

Der besondere Status des innerdeutschen Handels soll in der EG wieder einmal zur Diskussion gestellt worden sein. Noch im März und September letzten Jahres hatten sich zwar die EG-Mitglieder – wenn auch unter Murren – für die Bei-

behaltung des Status ausgesprochen. Inzwischen haben sie sich jedoch offensichtlich anders besonnen.

Die bislang akzeptierte Regelung, daß die DDR kein EG-Drittland ist, möchten z. B. die Niederlande geändert wissen. Das hätte für sie den Vorteil, daß Erstattungen auf Agrarausfuhren nicht – wie bislang – von den nationalen Haushalten, sondern von der EG-Gemeinschaftskasse getragen würden. Mit diesem Änderungswunsch ist aber andererseits Frankreich nicht einverstanden, da der Drittlandstatus der DDR Frankreich den Abschluß von Handelsverträgen, die bekanntlich in die Zuständigkeit der EG-Behörden fallen, verwehren würde.

Das neubegonnene Tauziehen in Brüssel wird noch geraume Zeit fortauern. Doch schon jetzt stellt sich die Frage, ob der Lärm der EG-Partner angesichts der tatsächlichen Entwicklung des innerdeutschen Handels nicht doch etwas übertrieben ist. So verrät die Statistik, daß er sich zwischen 1958 und 1971 nur verdreifacht hat, während sich der Handel mit den anderen EG-Ländern verfünffachte. Auch die jüngste Entwicklung stimmt aus BRD-Sicht nicht optimistisch. Der Warenverkehr nahm gegenüber dem Vorjahr nominal lediglich um 5 % auf 5,6 Mrd. Verrechnungseinheiten (VE) zu. Real bedeutet dies einen Rückgang. Die Lieferungen der BRD gingen um 1 % zurück, die Bezüge nahmen um 12 % zu. Dennoch bleibt für die DDR ein kumulierter Schuldsaldo in Höhe von 1,7 Mrd. VE. Der bescheidenen Entwicklung des innerdeutschen Handels stehen dagegen hohe Steigerungsraten des DDR-Handels mit westlichen Industrienationen gegenüber. Im Durchschnitt beliefen sich diese auf 22 %! ud

Multinationale

Ölkonzerne in der Schußlinie

Im Zusammenhang mit der Ölkrise und den jüngsten Preisentwicklungen für Heiz- und Mineralöl hat die Kritik an den multinationalen Ölkonzernen stark zugenommen. In Belgien führte sie zum offenen Konflikt. Keine der belgischen Parteien ist angesichts der Parlamentsneuwahlen am 10. März bereit, die von den Unternehmen geforderte 25–30 %ige Erhöhung der dem Preisstopp unterliegenden Preise für Benzin und Heizöl zu verantworten. Die Ölkonzerne reagieren auf die ablehnende Haltung der Regierung mit stark reduzierter Belieferung des belgischen Marktes oder weigern sich überhaupt, weitere Einfuhren nach Belgien vorzunehmen.

Auch in anderen Industrieländern wird die Auseinandersetzung mit den Ölkonzernen geführt.

Dabei werden im wesentlichen drei Vorwürfe erhoben: Verknappung des Rohölangebots durch monopolistische Praktiken, Diskriminierung anderer Nachfrager, d. h. der freien Importeure, sowie verdeckte Gewinnverlagerung ins Ausland.

Die bisherigen Untersuchungen der zuständigen Behörden scheinen diese Vorwürfe zu erhärten. So hat das Bundeskartellamt in Berlin sich bereits mit den entsprechenden Informationen an die Wettbewerbsabteilung der EG-Kommission in Brüssel mit dem Ersuchen um Rechtshilfe gewandt, und in den USA hat die Federal Trade Commission Monopolklage gegen die amerikanische Mineralölindustrie erhoben.

Zumindest kurzfristig sollte man sich jedoch von diesen Maßnahmen nicht allzu viel versprechen, denn die grundsätzliche Problematik reicht weit über den Kreis der Ölkonzerne hinaus. Letztlich geht es um die Kontrolle der multinationalen Unternehmen überhaupt. Ein isoliertes Vorgehen einzelner Staaten gegen die weltweit operierenden Konzerne wird aber eine solche Aufgabe kaum bewältigen können. su

Hamburg

Wahl ohne Konsequenzen?

Ein Ereignis wie der Ausgang der Hamburger Bürgerschaftswahl ist nie auf nur einen Ursachennenner zu bringen. Doch wird von niemandem mehr ernsthaft bezweifelt, daß die Hamburger SPD als erste mit dem Auslöfeln der Suppe beginnen muß, die überwiegend anderswo, wie z. B. in Niedersachsen, Hessen oder Bonn, eingebrockt worden ist. Vor allem in Bonn; denn schließlich wurde dort bestimmt – oder eben nicht bestimmt –, wie das Gesicht der SPD und das Ansehen einer von ihr geführten Regierung sich in den letzten Jahren zum Nachteil veränderte.

Willy Brandt hätte wissen müssen, daß seine auf hohe Ziele angelegte Entspannungspolitik nur mit einem Volk im Rücken glücken konnte, das seine freiheitliche Gesellschaftsordnung noch für verteidigungswert hält. Er hätte daher weder innerhalb noch außerhalb seiner Partei den Systemveränderern um jeden Preis und ihrer Polarisierungspolitik das Feld überlassen dürfen, indem er sie weitgehend für kompromißbereite und verhandlungswerte Partner hielt. Was kann er von seinen östlichen Gegenspielern noch erwarten, wenn diese tagtäglich beobachten müssen, wie nicht etwa von kommunistischen Parteien, sondern von Intellektuellen in Massenmedien, Schulen und Hochschulen, in Theater und Literatur die Bundesrepublik unter dem Vorwand der Demokratie für den Kommunismus sturmreif geschossen wird – ein Vorgang, der von einer pseudoprogressiven

Bildungs- und Kulturpolitik der sozialliberalen Koalition gefördert wird und dem die christlich-demokratische Opposition hilfsbedürftig gegenübersteht.

Es ist erschütternd, wenn in dieser Situation dem Bundesvorstand der SPD wieder einmal nichts Besseres einfällt, als mehr Geschlossenheit und Solidarität von seinen Genossen zu verlangen. Solidarität mit wem? Mit denen, die unsere Gesellschaft funktionsunfähig machen? Ein alles zerstörendes Geschwür bringt man nicht dadurch zum Verschwinden, daß man ihm einen festen Verband verordnet. hdo

Großbritannien

Neue Regierung vor alten Problemen

Der Versuch einer Regierungspartei, auf wirtschaftliche Fehlentwicklungen politische Erfolge zu gründen, sollte eigentlich grotesk anmuten. Anders in Großbritannien. Den Meinungsumfragen zufolge schien die Stunde günstig für die Regierung, um ein neues Mandat vom Wähler zu erhalten.

Das Wahlergebnis aber bestätigte, wie unsicher der Ratgeber „Meinungsumfrage“ ist. Zudem widerlegt es die landläufige Meinung, das britische Wahlsystem garantiere klare parlamentarische Mehrheiten. So war es möglich, daß Premierminister Heath trotz seiner Niederlage zunächst versuchte, im Amt zu bleiben. Nach den gescheiterten Koalitionsverhandlungen der Konservativen – sie brachten 5 Abgeordnete weniger ins Unterhaus als die Labour-Partei – mit den Liberalen ist jedoch die Regierungsgewalt wieder in die Hände der Sozialisten übergegangen.

Der neuen Regierung ist zwar eine rasche Beilegung des Bergarbeiterstreiks gelungen. Ein Erfolg wird hierin jedoch nur dann zu sehen sein, wenn sie nicht den Auftakt zu einer neuen Lohnwelle darstellt. Diese würde nämlich eine Eindämmung der fortschreitenden Passivierung der Zahlungsbilanz sowie eine Zähmung des sich wieder beschleunigenden Preisauftriebs für absehbare Zukunft nahezu aussichtslos machen. Der Zukunft braucht dennoch nicht ausschließlich pessimistisch entgegengesehen zu werden, weil sich die Labourregierung wird zwangsläufig auf die Konjunkturpolitik konzentrieren müssen, hat sie doch auf diesem Gebiet ihre Bewährungsprobe zu bestehen. Ihre programmatischen Punkte einer weitergehenden Verstaatlichung der Industrie sowie die Aufnahme von Verhandlungen über neue Bedingungen der britischen Zugehörigkeit zur EG hingegen können angesichts der parlamentarischen Verhältnisse kaum in die Tat umgesetzt werden. wt